

„Einige Familien verkaufen sogar ihre Töchter“

Mit welchen Herausforderungen NGOs zwei Jahre nach der Rückkehr der Taliban in Afghanistan zu kämpfen haben



Nicht für alle ist die Rückkehr der Taliban ein Grund zur Freude: Am Straßenrand weint ein kleines Mädchen, während jubelnde Taliban-Anhänger an ihr vorbeifahren.

Foto: Getty Images



Frauen in Masar-i-Sharif demonstrieren für ihr Recht auf Bildung.

Foto: AFP

Wie sieht Ihre persönliche Bilanz zwei Jahre nach der Machtergreifung der Taliban aus?

Wir müssen uns an der Hoffnung festhalten. Sie verleiht uns Antrieb. Auch in schwierigen Situationen wie gegenwärtig haben die Menschen die Hoffnung nicht aufgegeben. Leider sehen wir im Moment nur wenig positive Entwicklungen in diesem Land. Natürlich sind wir froh, dass wir unsere Gesundheitseinrichtungen weiter betreiben können. Das Bildungsverbot sorgt allerdings dafür, dass wir in Zukunft keine Krankenschwestern und Hebammen mehr haben werden und auch keine ausgebildeten Ärztinnen.

In wenigen Worten: Was leistet Ihre Organisation in Afghanistan?

Wir sind im Bereich der Bildung, der Gesundheit und der Nothilfe tätig. Neben kleinen Gesundheitseinrichtungen betreiben wir ein Provinzspital, in dem ohne Einmischung der Taliban 150.000 Menschen eine medizinische Grundversorgung ermöglicht wird. Beim Bau von Schulen leiden wir unter den bekannten Einschränkungen, weshalb wir den Bau weiterer Schulen jetzt eingestellt haben. Zudem betreiben wir drei Waisenhäuser mit rund 200 Kindern. Überdies verteilen wir im Rahmen unserer Nothilfe Lebensmittel und Nutztiere wie Schafe an die Bevölkerung in verschiedenen Landesteilen.

Durch den Krieg in der Ukraine ist Afghanistan ein wenig ins Abseits geraten. Leidet darunter auch die Spendenbereitschaft der Menschen? Gibt es vielleicht ein Projekt, das Ihnen besonders am Herzen liegt und die Extra-Unterstützung der Spender verdient?

Nach der Machtübernahme der Taliban war die Spendenbereitschaft noch groß. Aber wir befürchten, dass im Laufe der Zeit Afghanistan gänzlich aus den Medien verschwindet. Auch unsere Afghanistan-Hilfe wird es dann schwer haben, sich Gehör zu verschaffen. Mein Herzensprojekt ist sicherlich der Betrieb unserer Waisenhäuser. Während meiner vielen Reisen nach Afghanistan war der Besuch dieser Einrichtungen immer der Höhepunkt. Ich bin immer wieder beeindruckt von der Professionalität der Heimleiter, wie sie diese traumatisierten Kinder aufnehmen und ihnen ein neues Zuhause geben, ihnen Liebe schenken, damit sie nach dem 18. Lebensjahr, wenn sie die Einrichtungen verlassen, auf eigenen Beinen stehen können.

● Verantwortlich für die fortbestehenden Einschränkungen sind die Hardliner unter den Taliban, die noch immer den Ton angeben.

Zur Person

Michael Kunz setzt sich seit über zehn Jahren für die Schweizer Afghanistan-Hilfe ein. Seit 2013 ist er Präsident der Hilfsorganisation. Kunz obliegt die Kommunikation mit den lokalen Projektpartnern. Nebst der Kontrolle der laufenden Projekte ist ihm insbesondere das Gespräch mit der lokalen Bevölkerung wichtig, um die Hilfeleistungen auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abzustimmen.



„Für uns war und ist es wichtig, mit den Machthabern Kontakt zu halten, mit ihnen Gespräche zu führen, unabhängig davon, ob man ihrer Meinung ist oder nicht“, sagt Michael Kunz, Präsident der Schweizer Afghanistan-Hilfe. Foto: Michael Wrase

einer Reihe von Bedingungen verknüpfen – wie die Einhaltung der Frauenrechte. Welchen Weg wählt in diesem Zusammenhang die Schweizer Afghanistan-Hilfe?

Für uns war und ist es wichtig, mit den Machthabern Kontakt zu halten, mit ihnen

Gespräche zu führen, unabhängig davon, ob man ihrer Meinung ist oder nicht. Ohne ihre Zusagen sind Hilfsleistungen schließlich nicht möglich. Um herauszufinden, welche Möglichkeiten wir haben, führen wir über unsere lokalen Partnerorganisationen auch Gespräche auf regionaler Ebene. Grundsätzlich ist es uns sehr wichtig, dass wir den Taliban deutlich sagen, wo für uns die roten Linien verlaufen.

Sprechen Sie bei diesen Kontakten auch das Bildungsverbot für Frauen an?

Ja, natürlich. Erst kürzlich haben wir einem Provinzgouverneur der Taliban verdeutlicht, dass wir das Bildungsverbot für Frauen ab der siebten Klasse kategorisch ablehnen. Der Funktionär stimmte mir daraufhin sogar zu. Viel geändert hat sich aber nicht.

Eine Funktionärin der Konrad-Adenauer-Stiftung berichtete vergangene Woche über „informelle weiterführende Schulen“, die von den Taliban inzwischen geduldet würden. Stimmt das so?

● Wir befürchten, dass im Laufe der Zeit Afghanistan gänzlich aus den Medien verschwindet.

Die Taliban begründen das Bildungsverbot ja mit der Scharia, was aus meiner Sicht so nicht zutrifft. Es gibt etliche Länder mit Scharia-Gesetzgebung, in denen es keine Einschränkungen im Bildungsbereich gibt. Was offenbar neu ist, dass die Taliban dem Angebot einer skandinavischen Hilfsorganisation, Online-Unterricht ab der siebten Klasse zu organisieren, zugestimmt haben.

Was heißt das?

Dass die Taliban nicht grundsätzlich dagegen sind, wenn Frauen zu Hause, in Räumen nur für Frauen, unterrichtet werden. Auch wir überlegen, in diesem Bereich tätig zu werden. Ich glaube, dass es beim Bildungsverbot nicht um die Scharia, also das Islamische Recht, geht, sondern in Wirklichkeit um das „Paschtunwali“, den Rechts- und Ehrenkodex der Paschtunen: Um die Ehre der Familie zu wahren, schicken sie ihre Töchter ab einem gewissen Alter nicht mehr zur Schule.

Könnte man in diesem Zusammenhang von etwas Licht am dunklen afghanischen Horizont sprechen?

Für uns ist es wichtig, dass die Frauen ein grundsätzliches, uneingeschränktes Bildungsrecht erhalten und sich nicht bei einem Online-Studium verstecken müssen. Verantwortlich für die fortbestehenden Einschränkungen sind die Hardliner unter den Taliban, die noch immer den Ton angeben.

Interview: Michael Wrase

Zwei Jahre nach der Machtübernahme der Taliban sind noch immer fast 30 der über 40 Millionen Einwohner Afghanistans auf humanitäre Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Gesichert ist die Unterstützung übers Jahr aber nicht. Die Hilfsorganisation International Rescue plädiert daher dafür, dass sich Geberländer verpflichten sollten, humanitäre Hilfe langfristig zu garantieren, um Hungersnöte zu vermeiden. Ein Gespräch mit Michael Kunz, dem Präsidenten der Schweizer Afghanistan-Hilfe.

Michael Kunz, ist das der richtige Weg? Wie würden Sie die humanitäre Lage in Afghanistan gegenwärtig einschätzen?

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass Nothilfe bedingungslos geleistet werden muss. Deshalb halte ich auch die Forderung von International Rescue für richtig. Die Situation vor Ort ist schwierig einzuschätzen. Die Menschen leiden. Seit der Machtübernahme der Taliban haben sich die Lebensmittelpreise verdoppelt und die Wirtschaft liegt am Boden. Es herrscht eine Hungersnot: Nicht weil Nahrungsmittel fehlen, sondern den Menschen das Geld für deren Kauf fehlt. Vor diesem Hintergrund passiert es immer wieder, dass Familien ihre Töchter, mitunter sogar ihre Organe verkaufen.

In Gesprächen mit den Medien fordern die Taliban immer wieder die diplomatische Anerkennung, die die meisten Staaten aber mit